

**Deutscher Bundestag – Enquete-Kommission
„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“**

**Anhörung zum Thema
„Zukunft der Arbeit – Europa im globalen Wandel“
Themenkomplex: Aus- und Fortbildung in Europa
am 05. März 2001 in Berlin**

Zukunft der Arbeit – Folgerungen für die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung

Vorbemerkung:

Die Expertenstatements (IAB – Dr. Walwei, BIBB – Prof. Pütz) bestätigen die Trends zur Zukunft der Arbeit, die neben anderem Grundlage für die berufsbildungspolitischen Leitlinien der Bundesregierung sind.

1. These: Der Trend zu höheren Qualifikationsanforderungen ist branchenübergreifend. Höherqualifizierung in der Breite ist zur Ausschöpfung aller Beschäftigungschancen unabdingbar. Bildung und Qualifizierung gewinnen deshalb für den Einzelnen und das Beschäftigungssystem zur Bewältigung der aktuellen und zukünftigen Anforderungen weiter an Bedeutung.

- Bei statistischen Untersuchungen und internationalen Vergleichen wird „Qualifikation“ mit an Institutionen erworbenem Abschluss gleichgesetzt (Berufsausbildung; Weiterbildung; Hochschule u.ä“). Diese Kategorien sind wenig trennscharf. Sie erfassen das tatsächliche Qualifikationsniveau nur unzureichend. Z. B. werden in Deutschland Qualifikationen, die in anderen Ländern in Hochschulen erworben werden, auch auf anderen Wegen – etwa in der beruflichen Weiterbildung – erreicht. Entscheidend sind weniger die institutionellen Bildungswege – etwa Gymnasium und Studium – als vielmehr die tatsächlich erreichten Qualifikationen.
- Höherqualifizierung beginnt bereits in der Schule. Hier werden die Grundlagen im Basiswissen (Rechnen, Schreiben und Lesen), beim Fremdsprachenwissen, bei der sozialen und interkulturellen Bildung und bei Vorstellungen vom Arbeitsleben gelegt. Wer höher qualifizieren will, muss hier beginnen. Schulbildung ist laut Grundgesetz Ländersache. Der Bund hilft im Rahmen seiner verfassungsmäßigen und materiellen Möglichkeiten (z.B. BLK, Schule-Wirtschaft-Arbeitsleben, Schulen ans Netz, Berufsschulausstattung durch UMTS-Mittel).

- Der Bedarf an betrieblich ausgebildeten und beruflich weitergebildeten Fachkräften bleibt hoch und bildet auch in Zukunft das Rückgrat der Beschäftigung. Die Bundesregierung hat - u.a. im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ - wesentliche Weichen gestellt, z.B.:
 - Ausbildungskonsens
 - Strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung
 - Innovation und Lernen – Weiterentwicklung beruflicher Lernmöglichkeiten im Arbeitsleben
 - Maßnahmen zum Abbau des IT-Fachkräftemangels
- Bedarf an Hochschulabsolventen steigt weiter; mit der BAföG-Reform der Bundesregierung wird die Zahl der Studierenden wieder steigen; neue Studiengänge und -abschlüsse (z.B. Master und Bachelorabschluss) werden zu höherer Attraktivität des Studiums beitragen.

2. These: Die berufsbildungspolitische Antwort auf den raschen Wandel in der Arbeitswelt mit der Notwendigkeit häufigerer beruflicher Neuorientierung müssen durchlässige und flexible Bildungswege mit einer Vielfalt von Bildungsoptionen statt starrer Strukturen geplanter Berufsverläufe sein.

- Berufliche Bildungsangebote müssen überschaubar, auf Beschäftigungsfähigkeit orientiert, für Weiterlernen offen sein. Die Bundesregierung sieht die Basis für den Einstieg in die erste Beschäftigung und berufliche Entwicklung in einer nach dem Berufskonzept gestalteten Berufsausbildung.
- Sie strebt den Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit durchlässigen und flexiblen beruflichen Entwicklungs- und Bildungswegen und Verknüpfungen sowie fließenden Übergängen zwischen Ausbildung, Lernen im Arbeitsprozess, beruflicher Weiterbildung und offenen Zugängen zum Studium an.

3. These: Auf den Strukturwandel am Arbeitsmarkt und das erhöhte Tempo der Wandlungsprozesse müssen sich alle Bildungsbereiche, insbesondere aber die berufliche Aus- und Weiterbildung einstellen.

Arbeitsanforderungen werden sich schneller wandeln. Berufliche Weiterbildung wird an Bedeutung gewinnen. Die Bereitschaft des Einzelnen und der Betriebe zu regelmäßiger Weiterbildung müssen erhöht werden. Im Hochschulbereich wird die Einrichtung

dualer Studiengänge vorangebracht. Die Grenzen zwischen den Bildungsbereichen werden fließend. Aufgaben u.a.:

- Früherkennung von Qualifikationserfordernissen
- Erschließung neuer Tätigkeitsfelder für Ausbildung (modernisierte und neue Berufe)
- Informelles Lernen und Lernen am Arbeitsplatz gewinnen an Bedeutung, Zertifizierungsfrage muss gelöst werden.
- geregelte Weiterbildungsgänge müssen mehr als bisher als flexible Bausteinsysteme gestaltet werden

4. These: Der Strukturwandel ist nicht abgeschlossen. Dienstleistungstätigkeiten werden in allen Bereichen weiter an Bedeutung gewinnen.

Die zunehmende Komplexität der Arbeitswelt, z.B. die intelligente Verknüpfung von Produktion und ergänzenden Dienstleistungen, erfordert in der beruflichen Bildung die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen mit den Fachkompetenzen. Komplexe Zusammenhänge sind durch systematisches Lernen erkennbar zu machen. IT-Anwenderkenntnisse werden unentbehrlich.

Zusatzqualifikationen, Wahlpflichtbausteine (z.B. auch zum Fremdsprachenlernen) und andere Strukturelemente flexibilisieren die Berufsausbildungsgänge und bauen Brücken zwischen Aus- und Weiterbildung.

5. These: Arbeitsmarkverschiebungen in Richtung höherer Qualifikationen und Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte erfordern Chancengleichheit durch Bildung für alle

Die Bundesregierung sieht hierin einen wesentlichen Schwerpunkt ihres bildungspolitischen Handelns und sieht dabei insbesondere folgende Handlungsfelder:

- Verbesserung der Qualifikation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit schlechteren Startchancen, u.a. Benachteiligtenförderung
- Qualifikationschancen und –niveau von Migranten und Migrantinnen erhöhen
- Gleiche Chancen für Frauen beim Zugang zur Aus- und Weiterbildung, zum Arbeitsmarkt und zu beruflichen Positionen

6. These: Auch der demografische Wandel verändert die Anforderungen an das Bildungssystem.

- Anteil der Jüngeren an der Gesamtbevölkerung nimmt ab, der der Älteren nimmt zu
- bildungspolitisch bedeutet das Mobilisierung von Bildungsreserven unter den Älteren und früherer Eintritt ins Erwerbsleben der Jüngeren durch Straffung der Bildungszeiten
- personalwirtschaftlich gezielterer Umgang mit altersgemischten Belegschaften und Mobilisierung der Lernchancen am Arbeitsplatz (Lernkultur Kompetenzentwicklung)

7. Neue Technologien erfordern neue Bildungsstrategien.

- Die Bundesregierung hat eine Ausbildungs-Offensive gegen den IT-Fachkräftemangel gestartet, u.a. gemeinsame Initiative D21 von Bundesregierung und Wirtschaft zur Bereitstellung von Investitionen in Ausbildung, in Modernisierung des Bildungssystems, in Lehrerfortbildung und in Ausstattung von Klassenzimmern; darin eingeschlossen sind auch umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung des Mädchen- und Frauenanteils in IT-Qualifizierung, Steigerung der Ausbildungsplätze in den IT- und Medienberufen).
- Am Aufbau eines IT-spezifischen Weiterbildungssystems wird gemeinsam mit den Sozialpartnern intensiv gearbeitet.
- Entwicklung passender Lehr- und Lernsoftware (BMBF Programm in Abstimmung mit den Sozialpartnern).
- Entwicklung von regionalen Kompetenzzentren zur Bündelung der Bildungsressourcen.

8. These: Arbeitsmarktentwicklung erfordert trotz allgemeiner Globalisierung regionale und branchenbezogene Lösungsansätze, die die Partner vor Ort in einem Verbund zusammenführt. Zugleich müssen unterschiedliche Politikfelder zusammen geführt werden.

- Trotz Globalisierung bleiben Arbeitsmärkte in vielen Segmenten regional. Deshalb sind regionalspezifische Ansätze, die Qualifizierungsmaßnahmen und -bedarf zur Übereinstimmung bringen, notwendig. Beispiele für Initiativen der Bundesregierung in den neuen Ländern sind die Programme Innoregio und „RegioKompetenz Ausbildung“.

- Ihre Maßnahmen zur Verbindung von Beschäftigungs-, Bildungs-, Steuer- und Sozialpolitik legt die Bundesregierung in den jährlichen Nationalen beschäftigungspolitischen Aktionsplänen dar, die unter Beteiligung von Sozialpartnern und Ländern erstellt werden.
- Darüber hinaus bleibt es Aufgabe der Sozialpartner, Aus- und Weiterbildung durch die Tarifpolitik zu fördern (z.B. Arbeitszeitkonten/ Lernzeitkonten, tarifvertragliche Regelungen zur Förderung der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze – auch über Bedarf, Rahmenbedingungen für Weiterbildung im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens).

9. These: Mit der Globalisierung des Wirtschaftens und des Zusammenlebens (Beispiel Europa) kommt es zur Überwindung nationaler Grenzen auch in der Bildung.

Zwei Entwicklungsrichtungen bestimmen das bildungspolitische Handeln der Bundesregierung:

- weltweiter Prozess der Verflechtung der Wirtschaft führt dazu, dass immer mehr Betriebe und Verwaltungen international (für Deutschland mit Schwerpunkt Europa) tätig sind und dafür verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, die neben Fachkompetenzen zunehmend international verwertbare Kompetenzen (Sprache, Wissen über Kulturen, Pflege von internationalen Kontakten) besitzen,
- Freizügigkeit für die Bürger innerhalb der europäischen Union erfordert die entsprechende Ausstattung an internationalen Kompetenzen, an Nachweisen über allgemeine und berufliche Qualifikationen, an Nachweisen über entsprechende Berufserfahrungen für die Arbeitsmärkte in den anderen europäischen Staaten.

Die Bundesregierung sieht dazu u.a. folgende bildungspolitische Maßnahmen als notwendig an:

1. Entwicklung notwendiger Rahmenbedingungen, wie
 - Internationale Orientierung der beruflichen Bildung
 - Rechtliche und administrative Regelungen zur Förderung der Mobilität (z.B. soziale Fragen, Aufenthaltsrecht, Versicherungsfragen)
 - Verbesserung der Transparenz von Qualifikationen
 - Stärkere Verantwortung der Sozialpartner bei der Mobilitätsförderung
 - Effektivere Information und Beratung

2. Erweiterung der Austauschmaßnahmen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (Nutzung europäischer Austauschprogramme, zusätzliche nationale Maßnahmen entsprechend bildungspolitischer und wirtschaftlicher Interessen mit einem Schwerpunkt im grenznahen Raum)